

Obama drängt die UN-Inspektoren zur Herausgabe von Informationen über angeblich im Iran laufende Vorarbeiten für den Bau einer Atombombe, um einen völkerrechtswidrigen Überfall auf den Iran im Stile seines Vorgängers Bush "rechtfertigen" zu können.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 186/11 – 19.10.11

Die USA setzen die UN-Inspektoren unter Druck, weil sie mit belastenden Daten über das iranische Atomprogramm den Iran isolieren wollen

Von David E. Sanger und Mark Landler
The New York Times, 15.10.11

(<http://www.nytimes.com/2011/10/16/world/middleeast/white-house-says-data-shows-iran-push-on-nuclear-arms.html>)

WASHINGTON – **Präsident Obama drängt die Atominspektoren der Vereinten Nationen dazu, bisher geheim gehaltene Informationen zu veröffentlichen, die belegen (sollen), dass der Iran eine eigene Atomwaffen-Technologie entwickelt und damit experimentiert. Der Vorstoß des Präsidenten ist Teil einer größeren Kampagne der USA, die darauf abzielt, den Iran zu isolieren und stärkeren Druck auf ihn auszuüben, nachdem die iranische Regierung bereits beschuldigt wurde, einen Mordanschlag auf den saudi-arabischen Botschafter in den USA geplant zu haben.**

Wenn die Inspektoren-Gruppe der Vereinten Nationen die geforderten Beweise – einschließlich neuerer Daten aus den letzten Monaten – vorlegt, würde das mit ziemlicher Sicherheit eine Debatte wiederbeleben, die während des Arabischen Frühlings eingeschlafen ist: eine Debatte über die Frage, wie aggressiv die USA und ihre Verbündeten – einschließlich Israels – vorgehen sollten, um das vermutete (Atom-)Waffenprogramm des Irans zu stoppen.

Mehrere US-Offizielle haben in Interviews verlauten lassen, dass auf längere Sicht ein Verbot finanzieller Transaktionen mit der Iranischen Zentralbank angestrebt wird – eine Maßnahme der sich China und andere asiatische Staaten widersetzen. In Betracht gezogen wird auch eine Ausweitung des Verbotes, Erdölprodukte von Gesellschaften zu kaufen, die von der Iranischen Revolutionsgarde, der militärischen Elitetruppe des Landes (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Iranische_Revolutionsgarde), kontrolliert werden.

Es wird vermutet, dass die Revolutionsgarde auch die militärische Seite des Atomprogramms vorantreibt; außerdem stellt sie die Al-Quds-Spezialeinheit (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Al-Quds-Einheit>), der Washington vorwirft, den Mordanschlag (auf den saudi-arabischen Botschafter) geplant zu haben.

Die Ruf nach (härteren) Sanktionen ertönt in einer Zeit, in der die Anschuldigung der US-Regierung, der Iran stecke hinter dem angeblich geplanten Anschlag, überall auf der Welt mit Skepsis aufgenommen wird und beabsichtigte Gegenmaßnahmen kaum Unterstützung finden; gleichzeitig wächst im Kongress der von Republikanern und einigen Demokraten gemeinsam ausgeübte Druck, schärfere Maßnahmen gegen den Iran zu ergreifen – wobei die Zentralbank und die Erdölindustrie (des Irans) ganz oben auf der Liste der Abgeordneten stehen.

Alle vorgeschlagenen Sanktionen bergen beträchtliche politische und wirtschaftliche Risiken.

Yukiya Amano, der umsichtige Generaldirektor der International Atomic Energy Agency / IAEA der UNO (der 2010 ElBaradei ersetzte, s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP05310_210210.pdf), hat bereits im September die Veröffentlichung heikler Daten angekündigt, aus denen hervorgehen soll, dass der Iran an Zündern für Atomwaffen und an Sprengköpfen arbeitet. Offiziellen, die ihn kürzlich daran erinnert haben, hat er mitgeteilt, er befürchte, dass seine Inspektoren dann aus dem Iran ausgewiesen würden und dass damit das letzte kleine Fenster zur Beobachtung der atomaren Aktivitäten des Irans verschlossen wäre.

China und Russland haben gemeinsam mit anderen Handelspartnern des Irans zusätzliche finanzielle Sanktionen und einen Boykott iranischer Ölverkäufe abgelehnt und betont, dass sie die Isolierung des Irans für eine schlechte Strategie halten. Sogar innerhalb der Obama-Regierung befürchteten einige Offizielle, jedes schärfere Vorgehen gegen iranische Ölexporte könnte den Ölpreis in die Höhe treiben, und das in einer Zeit, in der die Wirtschaft sowohl in Europa als auch in den USA schwächelt. Ein höherer Regierungsvertreter drückte das so aus: "Wir können doch nicht einen (noch tieferen) Abschwung in den USA in Kauf nehmen, nur weil wir den Iran bestrafen wollen."

Führende Regierungsvertreter, die sich nicht öffentlich zu den internen Verhandlungen über die Sanktionen äußern wollten, ließen durchblicken, dass Obama noch keine Empfehlung für ein mögliches Vorgehen gegen die (iranische) Zentralbank vorgelegt worden sei, obwohl er bereits letzte Woche angekündigt hat, er werde "härteste Sanktionen" gegen den Iran durchsetzen, weil dieser eine üble Rolle in dem Komplott gespielt habe, bei dem ein mexikanisches Drogenkartell damit beauftragt werden sollte, den saudi-arabischen Botschafter zu töten.

Die Entscheidung, Druck auf die IAEA auszuüben, sei schon vor Bekanntwerden des geplanten Anschlages auf den Botschafter erwogen worden, die Entdeckung (des Komplotts) habe das Weiße Haus aber dazu veranlasst, öffentlich stärkeren Druck auf die IAEA auszuüben, um sie zur Herausgabe bisher geheim gehaltener Informationen zu veranlassen.

Offizielle (der IAEA), die über die neuen Erkenntnisse Bescheid wissen, sagen, dass sie unbequeme Fragen an den Iran aufwerfen werden, aber kein endgültiger Beweis dafür seien, dass der Iran tatsächlich bereits eine Atomwaffe baue. Es gebe Hinweise, dass der Iran an Technologien zur Zündung einer Atomwaffe arbeite: Die Iraner untersuchten, wie Uran bombenfähig zu machen sei, wie sie mit konventionellen Sprengstoffen eine Atomwaffe zur Explosion bringen könnten, wie Zünder herzustellen seien, die mit Neutronen eine Kettenreaktion auslösen können und wie sich Explosionswellen messen lassen; außerdem seien sie dabei, Sprengköpfe für Raketen zu entwickeln.

Tommy Vietor, der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates (der USA), sagte am Samstag: "Die USA glauben, dass eine umfassende Neubewertung des iranischen Atomprogramms von unschätzbarem Wert für die internationale Gemeinschaft ist, weil dann entschieden werden kann, was dagegen unternommen werden muss." Der Iran hat erklärt, alle Dokumente, die belegen sollen, dass er einen atomaren Sprengkopf baue, der auf seine Raketen passe, seien "Fälschungen", die einen Überfall auf ihn rechtfertigen sollen. Der Iran sei bereits zum Ziel verdeckter Angriffe geworden; dazu gehörten die Ermordung iranischer Atomwissenschaftler und der

Computervirus, der einige der iranischen Kernzentrifugen unbrauchbar gemacht habe.

Die Obama-Administration hat seit ihrem Amtsantritt der Öffentlichkeit niemals belastbare Beweise für ihre Behauptung vorgelegt, dass der Iran Atomwaffen oder eine Technologie entwickelt, die den schnellen Zusammenbau einer Atomwaffe ermöglicht, wenn sie gebraucht würde. Sie hat aber ihre Verbündeten über die Beweise informiert.

Die US-Regierung hat auch deshalb gezögert, ihre Beweise offenzulegen, weil alle von den USA vorgebrachten Beweise angezweifelt werden, seit 2003 im Irak keine Massenvernichtungswaffen zu finden waren. Die vielen (skeptischen) Fragen, die letzte Woche nach der Aufdeckung des geplanten Anschlags gegen die Saudis gestellt wurden, zeigen, wie groß das Misstrauen immer noch ist.

Der Iran ist aber ein ganz anderer Fall. Er wird regelmäßig von Inspektoren besucht, welche die iranische Uran-Produktion überwachen – auch die jetzt laufende Anreicherung auf 20 Prozent, die den Iran viel näher an die Urankonzentration heranbringt, die zum Bau von Atomwaffen notwendig ist. Der Iran hat kürzlich angekündigt, dass er mehr auf 20 Prozent angereichertes Uran produzieren wird, als er für seinen kleinen medizinischen Forschungsreaktor braucht; das nährt den Verdacht, dass er einen Vorrat für den Bau einer Atomwaffe anlegt.

"Der Iran hat jahrelang versucht, seine Urananreicherung und seine Anreicherungsanlage bei Ghom, auf die der Präsident schon 2009 hingewiesen hat, zu verbergen," äußerte am Freitag ein Spitzenberater Obamas, unter der Bedingung, wegen des heiklen Themas anonym bleiben zu können. "Er setzt die Anreicherung auf 20 Prozent fort, obwohl die Begründung dafür nachweislich falsch ist."

Nach Aussage von Regierungsvertretern hat das US-Finanzministerium bereits im Juni Sanktionen gegen die Tidewater Middle East (s. <http://newsroom-magazine.com/tag/tidewater-middle-east-company/>) verhängt, eine der Revolutionsgarde nahestehende Gesellschaft, die strategisch wichtige Container-Häfen betreibt, über welche die Garde und ihre Al-Quds-Spezialeinheit auch schon Waffen umgeschlagen haben sollen. Letzte Woche hat das Finanzministerium die iranische Luftfahrtgesellschaft Mahan Air (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Mahan_Air) mit Sanktionen belegt, weil sie angeblich ebenfalls Waffen für Al-Quds transportiert hat.

Wenn das US-Finanzministerium Transaktionen mit der Zentralbank des Irans untersagen würde, hätte das große Auswirkungen auf alle Staaten, die Geschäfte über die (iranischen) Zentralbank abwickeln, weil sie dann alle vom US-Finanzsystem ausgeschlossen wären.

"Wir fassen ernsthaft die Möglichkeit ins Auge, alle, die Geschäfte über die (iranische) Zentralbank tätigen, mit Sanktionen zu belegen, und erwägen, auch andere Maßnahmen als Antwort auf den geplanten Anschlag zu ergreifen," erklärte David S. Cohen, der im US-Finanzministerium für Terrorismus und geheime Finanztransaktionen zuständige Staatssekretär, vor dem Bankenausschuss des US-Senates. "Wir denken intensiv darüber nach, wie wir den Druck (auf den Iran) erhöhen können."

Die US-Regierung überlegt auch, ob sie die Elemente der Revolutionsgarde, die den iranischen Ölexport kontrollieren, treffen kann, wenn sie den Ankauf von iranischem Erdöl verbietet. Eine weitere Option bestünde darin, von Firmen, die raffinierten Kraftstoff an die

USA verkaufen, eine Erklärung zu verlangen, dass der Kraftstoff kein iranisches Rohöl enthält.

Allerdings kaufen amerikanische Verbündete wie Japan und Südkorea große Mengen Öl vom Iran und bezahlen ihre Rechnungen über die (iranische) Zentralbank, weil gegen die meisten iranischen Geschäftsbanken bereits Sanktionen verhängt sind. China tätigt weniger Geschäfte über die Zentralbank, ist aber auch ein großer Abnehmer von iranischem Öl.

Nach Ansicht Offizieller hätte die Unterbindung der Ölexporte des Irans unvorhersehbare Auswirkungen auf den Ölpreis; sogar eine kurze Unterbrechung wäre eine Bedrohung für die Wirtschaft. Der Iran fände sicher neue Kunden oder würde wahrscheinlich versuchen, sein Öl über Zwischenhändler zu verkaufen. Nach Ansicht Offizieller sind die tatsächlichen Auswirkungen kaum einzuschätzen.

(Wir haben den Artikel aus der New York Times, dem führenden US-Printmedium, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Er zeigt beispielhaft, wie man sich mit unbewiesenen Vermutungen und wohlfeilen Zugeständnissen an "kritische" Leser an einer Hetzkampagne gegen den Iran beteiligen kann, ohne offen zum Krieg gegen dieses islamische Land aufzurufen. Dass die Vermutungen über ein angeblich insgeheim betriebenes Atomwaffenprogramm des Irans aus der Luft gegriffen sind und tatsächlich auf Fälschungen beruhen, ergibt sich aus den Aussagen eines fachkundigen ehemaligen UN-Inspektors, die wir unter http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP05510_230210.pdf veröffentlicht haben, und aus einer Zusammenstellung verschiedener LUFTPOST-Ausgaben, die unter http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP18511_181011.pdf aufzurufen ist. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

October 15, 2011

To Isolate Iran, U.S. Presses Inspectors on Nuclear Data

By DAVID E. SANGER and MARK LANDLER

WASHINGTON — President Obama is pressing United Nations nuclear inspectors to release classified intelligence information showing that Iran is designing and experimenting with nuclear weapons technology. The president's push is part of a larger American effort to further isolate and increase pressure on Iran after accusing it of a plot to assassinate Saudi Arabia's ambassador to the United States.

If the United Nations' watchdog group agrees to publicize the evidence, including new data from recent months, it would almost certainly revive a debate that has been dormant during the Arab Spring about how aggressively the United States and its allies, including Israel, should move to halt Iran's suspected weapons program.

Over the longer term, several senior Obama administration officials said in interviews, they are mulling a ban on financial transactions with Iran's central bank — a move that has been opposed by China and other Asian nations. Also being considered is an expansion of the ban on the purchase of petroleum products sold by companies controlled by the country's elite military force, the Islamic Revolutionary Guards Corps.

The Revolutionary Guards are also believed to oversee the military side of the nuclear pro-

gram, and they are the parent of the Quds Force, which Washington has accused of directing the assassination plot.

The proposed sanctions come as administration officials confront skepticism around the world about their allegations that Iran was behind the plot and limited options about what they can do — as well as growing pressure from Republicans and some Democrats in Congress to take tougher action against Iran, with the central bank and the oil industry high on lawmakers' lists.

All of the proposed sanctions carry with them considerable political and economic risks.

Yukiya Amano, the cautious director general of the United Nations group, the International Atomic Energy Agency, talked publicly in September about publishing some of the most delicate data suggesting Iran worked on nuclear triggers and warheads. But officials who have spoken with him say he is concerned that his inspectors could be ejected from Iran, shutting the best, though narrow, window into its nuclear activities.

Similarly, China and Russia, among other major Iranian trading partners, have resisted further oil and financial sanctions, saying the goal of isolating Iran is a poor strategy. Even inside the Obama administration, some officials say they fear any crackdown on Iranian oil exports could drive up oil prices when the United States and European economies are weak. As one senior official put it, "You don't want to tip the U.S. into a downturn just to punish the Iranians."

Senior administration officials, who would not speak publicly about internal negotiations over the sanctions, say no recommendation on acting against the central bank has gone to Mr. Obama, who vowed last week to make sure Iran would face the "toughest sanctions" for what he said was its role in the sensational scheme to hire a Mexican drug cartel to kill the Saudi envoy.

The decision to press the International Atomic Energy Agency was brewing even before the plot against the Saudi ambassador was discovered, but that discovery prompted the White House to pursue a full-court, public press of the agency to release the sensitive intelligence.

Officials familiar with the evidence say it creates extraordinarily uncomfortable questions for the Iranians to answer, but does not definitively point to the construction of a weapon. Instead, it details work on individual technologies essential for designing and detonating a nuclear device, including how to turn uranium into bomb fuel, how to cast conventional explosives in a shape that can set off a nuclear blast, and how to make detonators, generate neutrons to spur a chain reaction, measure detonation waves and make nose cones for missiles.

Tommy Vietor, the spokesman for the National Security Council, said Saturday that "the United States believes that a comprehensive assessment would be invaluable for the international community in its consideration of Iran's nuclear program and what to do about it." Iran has declared that all of the documents suggesting work on how to create a weapon that could fit atop an Iranian missile are "fabrications" intended to justify an attack. The country has been the target of covert attacks, including the assassinations of some nuclear scientists and a computer worm that disabled some of Iran's nuclear centrifuges.

The Obama administration, since coming to office, has never publicly presented detailed evidence to back up its claim that Iran is driving toward a weapon or creating the technolo-

gy to assemble one quickly, should it need it. But it has discussed the evidence widely with allies.

In part the administration has hesitated to discuss the evidence because, after the failure to find weapons of mass destruction in Iraq in 2003, any American evidence is considered suspect. Widespread questions about the plot against the Saudis last week underscored how deep those suspicions run.

But Iran is a different kind of case. Inspectors visit regularly, measuring Iran's output of uranium, including recent production of the material, enriched to 20 percent purity, that takes it far closer to the kind of fuel needed for a weapon. Iran said recently that it would produce more of the 20 percent enriched material than it needs for a small medical research reactor, which prompted new concerns that it is building a stockpile that could be converted to weapons use.

"They sought to hide their enrichment activity for years, and their covert facility at Qum, which the president revealed in 2009," a top adviser to Mr. Obama, who spoke on the condition of anonymity because of the delicacy of the topic, said Friday. "They continue to enrich at 20 percent, and the rationale for doing so is demonstrably false."

In June, the Treasury Department imposed sanctions on Tidewater Middle East, a company linked to the Revolutionary Guards that operates strategic container ports through which the Guards and the Quds Force have moved weapons, administration officials said. Last week, the Treasury levied sanctions on an Iranian carrier, Mahan Air, which officials said ferried weapons for the Quds Force.

A Treasury ban on transactions with the Central Bank of Iran would be powerful because any third country that did business with the central bank would be cut off from the American financial system.

"We are looking very actively at the possibility of designating the central bank of Iran, as well as taking other actions in response to this plot," David S. Cohen, the under secretary of the Treasury for terrorism and financial intelligence, told the Senate Banking Committee. "We're looking quite intensively at how to ratchet up the pressure."

The administration is also weighing whether to designate elements of the Revolutionary Guards that control Iran's oil exports, effectively banning purchases of fuel from Iran. Another option would be to require companies that sell refined fuel to the United States to certify that the fuel contains no Iranian crude oil.

But American allies like Japan and South Korea buy large amounts of oil from Iran, paying their bills through the central bank since most Iranian commercial banks are off-limits. China relies less on the central bank for its purchases but is also a large buyer of Iranian oil.

Cutting off Iran's oil exports would have unpredictable effects on prices, officials said, with even a brief shock posing an economic threat. Iran would find new customers and would probably try to sell fuel to middlemen, who would resell it. But, officials said, the real impact was unknown.

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern